

3. Eingaben, Initiativen, Lobby - Die politische Arbeit der agah

3.1 Integrations- und Antidiskriminierungspolitik

Leitgedanke aller Aktivitäten der agah ist, den Integrationsprozess in Hessen zu stärken und voranzutreiben. Eine aktive Antidiskriminierungsarbeit gehört dazu genauso wie Eingaben, Initiativen oder Veranstaltungen, die auf ein spannungs- und vorurteilsfreies, von Respekt und Gleichberechtigung geprägtes Zusammenleben zielen.

So ist nach unserer Auffassung Integration nicht erreichbar, wenn für Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland unterschiedliche Gesetze gelten. Eine Integrationspolitik, die nicht als immanenten Bestandteil Antidiskriminierungsmaßnahmen ihr Eigen nennt, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung muss eines der wesentlichen Elemente jeder Integrationspolitik sein. Ohne die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, auf die Minderheiten zuzugehen und gemeinsam mit ihnen an einer besseren, gerechten Gesellschaft zu bauen, bleibt jede Integrationsmaßnahme letztendlich ohne Wirkung.

Deshalb sind alle Abschnitte dieses Berichtes als Bestandteil der Integrationsbemühungen der agah zu verstehen. Dennoch bedarf es eines eigenen Kapitels zu dem Oberbegriff „Integration“. Dafür spricht zum einen der politische Zeitgeist, der Integration zum Schlüsselbegriff einer modernen Migrationspolitik erkoren hat. Zum anderen war es der erklärte Integrationsschwerpunkt der Hessischen Landesregierung, der im Berichtszeitraum auch Vorstand und Geschäftsstelle teilweise in nicht unerheblichem Umfang zeitlich in Anspruch genommen hat.

Dieses Kapitel widmet sich deshalb vordringlich den gesamtkonzeptionellen Ansätzen der Landespolitik und den diesbezüglichen Aktivitäten der agah.

3.1.1 Integrationspolitik

3.1.1.1 Allgemein

Die konstruktiv-kritische Begleitung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung in ihren vielfältigen Facetten, aber auch die Entwicklung eigener konzeptioneller Ansätze, waren ein wichtiges Anliegen von Vorstand und Geschäftsstelle im Berichtszeitraum. Hervorzuheben sind an dieser Stelle vor allem die zahlreichen Gespräche mit Landespolitikern sowie eigene Veranstaltungen und Diskussionen im Rahmen von Plenar- und Vorstandssitzungen.

Dabei war die agah immer von dem Ziel geleitet, im Dialog neue Wege aufzuzeigen und dort Verbesserungen einzufordern, wo Defizite bestehen.

Als Beispiele seien hier die Gespräche mit Ministerpräsident Koch am 22.01. und 15.07.2005, Sozialministerin Lautenschläger am 25.10.2004, Innenminister Bouffier am 27.01.2004 und 05.11.2004, Kultusministerin Wolff am 12.01.2005, Staatsminister Riebel am 15.04.2005 und Sozialstaatssekretär Krämer am 04.03.2004, 11.08.2004 und 17.05.2005 genannt.



Koch: Hessen bei Integration vorne

FRANKFURT (dpa) Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sieht Hessen bei der Integration von Ausländern bundesweit an der Spitze. „In keinem anderen Land ist die Zustimmung der Menschen zur Integration und zum Miteinander, wie wir es betreiben, so hoch wie hier“, sagte Koch vor dem Landesausländerbeirat in Frankfurt.

Wesbadener Kurier 24.01.2005

Auch mit den Fraktionen im Hessischen Landtag fand ein regelmäßiger Dialog zu integrationspolitischen Themen statt (vgl. Kapitel 4.5).

Im Rahmen der Podiumsdiskussion während des Hessentages 2004 diskutierten die Delegierten der agah mit den Vertretern der vier Landtagsfraktionen und der Hessischen Kultusministerin zudem über die Bildungschancen von jungen Migrant/innen in Hessen.

Mit einer Reihe von eigenen Veranstaltungen und Fortbildungen suchte die agah den gesellschaftlichen Diskurs zur Integrationsfrage voranzubringen und eigene Positionen weiterzuentwickeln (vgl. dazu Kapitel 6).

Mit Pressekonferenzen und zahlreichen Interviews - vor allem zur Bewertung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung - konnte die agah zudem ihre Positionen für eine gelungene Integration immer wieder auch öffentlich darstellen (vgl. auch Kapitel 5.1).

Nicht zuletzt waren Vertreter/innen der agah zu einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen rund um das Thema „Integration“ geladen.

Als Beispiele seien an dieser Stelle genannt:

- ◆ 10.03.2004 „Miteinander leben in Limburg“
Podiumsdiskussion, Limburg
Veranstalter: CDU und FWG
- ◆ 03.06.2004 „Migration gestalten – Sachsen in der Mitte Europas“
Migrationsforum, Dresden
Veranstalter: PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag

- ◆ 24.09.2004 „Integrieren statt ignorieren“
Podiumsdiskussion, Rüsselsheim
Veranstalter: Ausländerbeirat Rüsselsheim
- ◆ 03.10.2004 „Begegnung der Kulturen“
Veranstaltung, Marburg
Veranstalter: Ausländerbeirat Marburg, Büro für Integration des Landkreises Marburg-Biedenkopf
- ◆ 10.04.2005 „Eine Stunde für den Frieden – ein Mahl der Verständigung“
Osterfrühstück, Seligenstadt
Veranstalter: Ausländerbeirat und Kreisausländerbeirat Offenbach
- ◆ 26.04.2005 „Integration – Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?“
Veranstaltung, Dietzenbach
Veranstalter: Uta Zapf, MdB
- ◆ 27.05.2005 „Integrationspolitik in europäischen Ländern“
Fachgespräch, Frankfurt
Veranstalter: Verband binationaler Familien und Partnerschaften
- ◆ 28.06.2005 „Respekt vor dem Unterschied“ – FDP zur Ausländerintegration
Veranstaltung, Wiesbaden
Veranstalter: FDP Kreisverband Wiesbaden und Rheingau-Taunus
- ◆ 28.09.2005 „Multikulti“
Bürger im Gespräch, Schwalbach
Veranstalter: Deutsch-ausländische Gemeinschaft Schwalbach
- ◆ 20.-21.10.2005 „Integrationskonzepte“
Tagung, Berlin
Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung

Auffällig ist hierbei, dass – im Gegensatz zu dem Zeitraum des Vorberichts – nunmehr weniger Veranstaltungen sich global mit dem Thema beschäftigten, sondern vielmehr eine Fokussierung auf Teilbereiche erfolgte, die eine sachgerechtere Diskussion und Entwicklung von Lösungsansätzen ermöglichte.

Integrationspolitik

Ausländerbeirat kritisiert „Zündeln in der Krise“

FRANKFURT · 29. NOVEMBER · JUR · Vor „geistiger Brandstiftung“ hat der hessische Landesausländerbeirat (agah) jetzt die Politiker in Land und Bund gewarnt. Mit immer neuen absurden Vorschlägen heizten sie die gegenwärtige Hysterie um den angeblich richtigen Weg zur Integration an. Agah-Vorsitzender Manuel Parrondo: „Wir lassen uns nicht zu Opfern einer scheinheiligen und fragwürdigen politischen Debatte machen.“ Deren Inhalte hätten nichts mit der Realität im Land zu tun.

Dass in Deutschland ein Schulrecht für alle Kinder gelte, habe sich offenbar noch nicht bis zu Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) herumgesprochen.

Auch sei offenbar nicht bekannt, dass jeder Einbürgerungswillige ein schriftliches Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz unterzeichnen muss. Für den agah-Vorsitzenden drängt sich der Verdacht auf, dass die Debatte allein von den großen sozialen Einschnitten ablenken soll. „Wieder einmal müssen die Ausländer herhalten für misslungene Politik.“ Das gefährde den Ruf Deutschlands in der Welt und den inneren Frieden. Mit ihrem „Zündeln in der Krise“ spiele die Politik Rechtsradikalen in die Hände. Parrondo plädiert dafür, neue Integrationsideen „vernünftig“ zu diskutieren. „Wer es wirklich ernst meint, hetzt Deutsche und Migranten nicht weiter gegeneinander.“

Frankfurter Rundschau 03.12.2004

3.1.1.2 Integrationsbeirat

Der Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung besteht seit April 2000 und geht auf die Koalitionsvereinbarung der damaligen Hessischen Landesregierung aus dem Jahr 1999 zurück.

Aufgabe des Beirates ist, die Landesregierung in Fragen der Integration zu beraten, Handlungsfelder zu definieren und praktikable Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten.

Unter Vorsitz der Sozialministerin setzt er sich aus 32 Personen zusammen, die verschiedene gesellschaftliche Bereiche, nämlich die Bereiche Arbeitswelt, Religion, Wissenschaft, Bildung und Ausbildung, soziales Leben, Kultur, Medien und die kommunale Ebene vertreten. Zudem sind mit Gaststatus die vier Fraktionen des Hessischen Landtags vertreten.



Für die agah arbeiteten drei Personen (Manuel Parrondo, Ulrike Foraci, Ömer Sekmen) im Beirat mit, die auf Vorschlag von der Ministerin er-

annt wurden. Zusätzlich arbeiteten Mitglieder des Vorstandes in den Projektgruppen des Integrationsbeirates regelmäßig mit.

Die Vertreter der agah nahmen an allen Sitzungen des Beirates regelmäßig teil:

- 05.02.2004
- 30.06.2004
- 08.09.2004
- 11.11.2004
- 10.02.2005
- 18.05.2005
- 04.10.2005

Themenschwerpunkte der Sitzungen waren:

- Religion
- Gesundheit und Migration
- Härtefallkommission
- Islamische Organisationen in Hessen
- Politische Partizipation
- Zuwanderungsgesetz
- Integrationskursverordnung
- Betäubungsloses Schächten

Zudem führte der Beirat Gespräche mit Ministerpräsident Koch am 04.10.2004 und Kultusministerin Wolff am 30.06.2004.

Bis Ende 2005 verabschiedete der Beirat zudem zwei Erklärungen:

- Erklärung zur Förderung von schulpflichtigen Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse (05.02.2004)
Der Integrationsbeirat schlägt der Hessischen Landesregierung damit exemplarisch folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor:
 - ⇒ Bundesratsinitiative der Hessischen Landesregierung, mit dem Ziel, die Bundesregierung zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel aus dem Garantiefonds zu bewegen. Damit werden Sprachkurse für Spätaussiedler finanziert.

- ⇒ Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln zur Finanzierung von Deutschkursen für nicht mehr vollzeitschulpflichtige Jugendliche.
 - ⇒ Konzentration der Beschulung von Jugendlichen an wenigen Standorten in einer Region. Vorteilhaft ist die Einrichtung von Förderzentren an einzelnen Beruflichen Schulen mit Erfahrungen im Unterrichten der beschriebenen Schülergruppe. Hier gäbe es auch Beschäftigungsperspektiven für Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung in Russisch.
 - ⇒ Einrichtung von Weiterbildungsmaßnahmen zum Erwerb einer Lehrbefähigung „Deutsch als Zweitsprache“.
 - ⇒ Überführung des muttersprachlichen Unterrichts in eine Ausweitung des Fremdsprachenangebots über die Jahrgangsstufe 10 hinaus.
- Erklärung zur Problematik des religiös motivierten betäubungslosen Schlachtens (18.05.2005)

Darin begrüßt der Beirat den offenen Dialog der Hessischen Landesregierung zu diesem Thema und erkennt in der Elektrokurzzeitbetäubung einen Weg, den Belangen des Tierschutzes Rechnung zu tragen, aber auch religiös motiviertes Schlachten weiter zu ermöglichen. Das Gremium fordert zudem die Landesregierung auf, möglichst viele Menschen in diesen Dialog einzubeziehen und für dieses Verfahren zu werben.

Vorbereitet und abgestimmt wurden die Erklärungen in Projektgruppen zu einzelnen Themenbereichen.

Im Berichtszeitraum bestanden folgende Untergruppen des Beirates:

➤ Projektgruppe „Religion“

Die Gruppe wurde im Berichtszeitraum neu installiert und tagte am 22.01.2004 sowie am 31.03.2004. Weitere Sitzungen kamen nicht mehr zustande.

Aufgabe der Gruppe war, den im Integrationsbeirat zu behandelnden Themenschwerpunkt „Religion“ vorzubereiten. Schwerpunkt der Beratungen war dann nach eingehender Diskussion lediglich der Entwurf des Gesetzes zur Sicherung der staatlichen Neutralität, ein Thema, das dann auch in dem Gespräch mit Kultusministerin Wolff am 30.06.2004 angesprochen wurde.

Die agah war in beiden Sitzungen durch Yilmaz Memisoglu und Ulrike Foraci vertreten.



➤ Projektgruppe „Schule“

Die Gruppe tagte am 12.01.2004, 03.05.2004, 17.06.2004, 28.09.2004, 13.01.2005, 28.04.2005, 05.07.2005, 13.09.2005 und 01.12.2005. Mit 9 Zusammenkünften war diese Projektgruppe nach wie vor die deutlich aktivste innerhalb des Integrationsbeirates. Ständiger Vertreter war hier Yilmaz Memisoglu, der, teilweise zusammen mit Stefan Zelder, an allen Treffen teilnahm.

Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzungen waren u.a. Elterninformation, Quereinsteiger/Seiteneinsteiger, Stärkung der Integrationsmöglichkeiten Jugendlicher durch berufliche Bildung, Deutsch als Zweitsprache, Ethik-Unterricht/Schwerpunkt Islam, Schulzeitverkürzung.

Ein Vertreter der PG berichtete regelmäßig in den Sitzungen des Integrationsbeirates über die Beratungen. Eine Tischvorlage, die von der Gruppe zur Förderung von schulpflichtigen Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse bereits im Berichtszeitraum 2003 er-

arbeitet wurde, wurde vom Integrationsbeirat dann auch verabschiedet (siehe oben).



➤ Projektgruppe „Flüchtlinge“

Die letzte Sitzung dieser in 2002 eingerichteten Projektgruppe fand am 25.01.2005 statt. Zuvor traf sich die Gruppe, in der Ulrike Foraci bzw. Ulrike Bargon regelmäßig mitarbeiteten, am 11.05.2004 und 06.10.2004.

Die Gruppe befasste sich im Berichtszeitraum u. a. mit der in Hessen zur damaligen Zeit diskutierten Einrichtung einer Härtefallkommission sowie der Situation von Menschen ohne Papiere.

Die Mitglieder der Projektgruppe beschlossen, ihre Arbeit mit Beginn des Jahres 2005 auf einen anderen Schwerpunkt zu verlagern und sich im Rahmen einer Projektgruppe „Frauen in der Integration“ diesem zunehmend kontroverser diskutierten Thema zuzuwenden.

➤ Projektgruppe „Frauen in der Integration“

Die Gruppe traf sich dann erstmals am 03.03.2005 und tagte bis zum Ende des Jahres 2005 noch am 03.05., 15.07., 22.09. und am 24.11.

Um sich einen umfassenden Überblick über die Ist-Situation zu verschaffen, wurde zunächst vereinbart, Fachfrauen einzuladen und aus ihrer Arbeit berichten zu lassen. So referierten dann auch Vertreterinnen des Verbandes bi-nationaler Familien und Partnerschaften, des Vereins Frauenrecht ist Menschenrecht, der Gruppe Sarah-Hagar, terres des femmes sowie eine Psychotherapeutin über die Erfahrungen und zeigten den nach ihrer Auffassung bestehenden Handlungsbedarf auf.

Ergebnis der Anhörungen war u. a. die Anregung, eine Fachtagung zu dem Themenkomplex in 2006 zu veranstalten.

3.1.1.3 Integrationspreis der Hessischen Landesregierung

Erstmals im Jahr 2004 wurde von der Hessischen Landesregierung ein Integrationspreis ausgelobt, der zum Ziel hat, nachhaltige Maßnahmen anzuerkennen und zu würdigen, die dem Abbau von Schranken und Hemmnissen im Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Bevölkerung erfolgreich dienen. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert und wird jährlich verliehen. Über die Verleihung des Integrationspreises entscheidet laut Statut eine unabhängige Jury, die vom Hessischen Ministerpräsidenten berufen wird.

Zum Mitglied der Jury wurde neben fünf weiteren Mitgliedern des Integrationsbeirates auch die Geschäftsführerin der agah berufen.

Jurysitzungen fanden für den Integrationspreis 2004 am 08., 14. und 21. September 2004, für den Preis 2005 am 02. und 14. September 2005 statt.

Die Preisvergabe an die Preisträger erfolgte im Rahmen eines feierlichen Festakts am 15. November 2004 bzw. am 05. November 2005.

3.1.2 Antidiskriminierungspolitik

3.1.2.1 Allgemein

Beschwerden über diskriminierendes Verhalten erreichten die agah auch im Berichtszeitraum. Auffällig jedoch ist, dass nicht nur die Zahl deutlich niedriger lag als 2002/2003, sondern dass es sich im Gegensatz zu den Vorjahren eher um subtile als um offensichtliche Formen des Rassismus handelte.

Die agah beteiligte sich erneut an einer Reihe von Veranstaltungen, die die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsradikalismus zum Gegenstand hatten (vgl. dazu Kapitel 5.2).

3.1.2.2 Antidiskriminierungsgesetz

Ein wichtiges Thema, das die agah in vielfältiger Weise immer wieder beschäftigte, war die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft.

Diese Richtlinie - so die Vorgabe der EU – war auf nationaler Ebene bis Juli 2003 zu transformieren. Sie enthält umfassende Anforderungen an ein wirksames Antidiskriminierungsrecht und verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU, einen Mindeststandard an rechtlichen Regelungen einzuführen.

In den Vorjahresberichten wurde bereits ausgeführt, dass die Frage von großer Bedeutung ist, ob bei der Transformation der Richtlinie 2000/43/EG auf nationaler Ebene lediglich die Durchsetzung des negativ formulierten Diskriminierungsverbotes durch entsprechende Normen zur Unterlassung von Diskriminierungen als ausreichend angesehen werden kann, oder weiterführende Verpflichtungen für den Gesetzgeber abgeleitet und Forderungen aufgestellt werden können. Ferner wird in den Gründen der Richtlinie 2000/43/EG ausgeführt, dass das Diskriminierungsverbot auch hinsichtlich Drittstaatsangehöriger angewandt werden „sollte“. Ungleichbehandlungen aufgrund der Staatsangehörigkeit und

Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Zugang zum Beruf von Drittstaatsangehörigen seien davon jedoch unberührt. Da bezüglich EU-Bürgern offensichtliche Schranken, z. B. im Hinblick auf den Berufszugang, nicht festzustellen sind bzw. bereits nicht mehr vorliegen, beinhaltet dies weiterhin die Überlegung, dass es sich bei diesen Benachteiligungen um versteckte Benachteiligungen handelt. Entsprechend den obigen Ausführungen muss das Ziel der Umsetzung der Richtlinie daher auch sein, versteckte Diskriminierungen abzubauen.



Die agah begleitete im Berichtszeitraum die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/43/EG weiterhin kritisch und äußerte sich mehrfach öffentlich zu den Erwartungen aus Sicht der Ausländerbeiräte, so am 01.02.2005 im Hessischen Rundfunk. Die Mitgliedsbeiräte wurden über aktuelle Entwicklungen informiert, beispielsweise im Rahmen der Plenarsitzung am 16.05.2005 in Geisenheim.

Vertreter der agah beteiligten sich zudem aktiv an der nationalen und europäischen Diskussion über die Möglichkeiten der Ausgestaltung einer nationalen Antidiskriminierungsgesetzgebung, so am 06.09.2004 im Rahmen der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Anschub aus Europa – Folgen und Auswirkungen des Europäischen Antidiskriminierungsrechts“ in Wiesbaden oder vom 14.-16.03.2005 bei der Fachtagung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes „Das Antidiskriminierungsgesetz – wirksamer Schutz gegen Diskriminierung?“. Mehrfach war die Antidiskriminierungsrichtlinie Gegenstand der Beratungen im Vorstand.

Trotz der zeitlichen Umsetzungsvorgabe der EU war die Richtlinie auch bis Ende 2005 noch immer nicht umgesetzt. Vielmehr wurde sie vor allem im 1. Halbjahr 2006 erneut zum Streitthema in der parteipolitischen Auseinandersetzung.

